Über höhere Kosten für die Flüchtlingsunterkünfte – hier am Lehmkuhlenweg – wurde gestern der Rat der Stadt Peine informiert. FOTOS: ARCHIV

Rat der Stadt Peine unterstützt sozialen Wohnungsbau

Sitzung: Neues Konzept soll Wohnraum für geringere Miete ermöglichen – CDU weist auf Mängel darin hin

VON TILMAN KORTENHAUS

PEINE. Hohe Kosten: Der Rat der Stadt Peine traf sich gestern im Rathaus zu seiner öffentlichen Sitzung. Die Ratsmitglieder wurden über zusätzliche Ausgaben für soziale Einrichtungen sowie die Grundschule Rosenthal/Schwicheldt informiert und stimmten über die Instandhaltung der Gebäude im Unternehmenspark und das Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Peine ab.

Der Rat wurde unter anderem über zusätzliche Kosten in Höhe von 80 000 Euro informiert, die für Asylbewerberheime in der Region anfallen. Diese habe man durch nicht einkalkulierte Kosten in der Gebäudereinigung, Pflege der Grundstücke und technische Dienstleistungen nun erhöhen müssen. Auch wurde der Rat über weitere ungeplante Aufwendungen in Höhe von 60 000 Euro unterrichtet, die zur Fertigstellung der Mensa für die Grundschule Rosenthal/Schwicheldt benötigt wurden. Zusätzlich votierte man einstimmig für die 42 900 Euro teuren Fliesenarbeiten für bauliche Sondermaßnahmen im Unternehmenspark Peine.

➡ Wohnraumkonzept ermöglicht den Investoren öffentliches Geld für sozialen Wohnungsbau.

Als letzter Punkt stand das Wohnraumversorgungskonzept auf der Agenda der Ratsmitglieder. Dieses wurde trotz 14 Enthaltungen der CDU, PB und FDP/Piraten angenommen. Das Konzept beinhaltet Angaben zur Angebotssituation im Mietwohnungsmarkt und den zukünftigen Bedarf in Peine. Das Konzept soll Investoren ermöglichen, staatlich geförderte Wohnungen zu geringen Mieten anzubieten. „Das Konzept ist nicht ausreichend. Beispielsweise geht es nicht auf die Abwanderung der jungen Menschen aus Peine ein", so Andreas Meyer (CDU). Seine Partei könne einem solchen Konzept nicht zustimmen, da noch viele Fragen unbeantwortet bleiben würden. Elke Kentner (Grüne) widersprach dieser Aussage und betonte, dass ein Wohnraumversorgungskonzept die Abwanderung der jungen Menschen nicht stoppen könne. „Wir brauchen dafür ein weiteres Konzept, das hat aber nichts hiermit zu tun", betonte Kentner.

PAZ, 25.08.2017, Ratssitzung am 24.08.2017

Peiner Rat streitet über Sozialbau

Peine. Das Wohnraumversorgungskonzept für den sozialen Wohnungsbau hat Donnerstagabend mit den Stimmen der rot-grünen Mehrheit den Rat der Stadt Peine passiert. Das Konzept ist Grundlage für eine Landesförderung der Investoren. Der CDU und der Peiner Bürgergemeinschaft hingegen geht das Konzept nicht weit genug. Es fehlten strategische Entwicklungsziele, insbesondere junge Menschen auch in der Zukunft mit attraktivem Wohnraum an die Stadt oder die Ortsteile zu binden. *tst*

Welche Punkte die Kritiker bemängelten, lesen Sie im **Lokalteil.**

PN; 25.08.2017, Ratssitzung am 24.08.2017

CDU-Kritik: Mehrfamilienhäuser verunstalten die Dörfer

Die rot-grüne Mehrheit setzt im Rat der Stadt das Wohnraumversorgungskonzept gegen Enthaltungen durch.

Peine. Zuletzt hat sich der soziale Wohnungsbau auf niedrigem Niveau bewegt. Perspektivisch steht Peine trotz vermutlich sinkender Einwohnerzahlen vor einem erhöhten Bedarf an Wohnraum für einkommensschwache Haushalte sowie seniorengerechtes Wohnen mit barrierefreien Angeboten. Hierzu hatten die Stadt und ebenso der Kreis im Februar Wohnraumversorgungskonzepte vorgelegt (wir berichteten) – die Voraussetzung für eine öffentliche Förderung des Wohnungsbaus, letztlich für bezahlbare Mieten in der nahen Zukunft.

Der Rat der Stadt Peine hat das Konzept in seiner Sitzung Donnerstagabend im Rathaus mit den Stimmen von SPD und Grünen, Einzelmandatsträger Thomas Weitling sowie Jürgen Eggers (Linke) als Handlungsrahmen für die beteiligten Akteure beschlossen. Für die Befürworter kündigte Holger Hahn (SPD) die Zustimmung schon vorab, kurz und knapp seine Begründung: „Von dem Konzept hängt die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ab." Bei Bauprojekten kann der Investor über die Stadtverwaltung als „Wohnraumförderstelle" die Landesförderung bei der N-Bank beantragen.

CDU, FDP/Piraten und die Peiner Bürgergemeinschaft (PB) sprachen sich nicht dagegen aus, aber enthielten sich – unter kritischen Anmerkungen. Andreas Meier (CDU) lobte die Bestandsaufnahme als „gutes Grundwerk", jedoch vermisste er Entwicklungsprognosen. So seien beispielsweise junge Menschen nicht berücksichtigt, ebenso wenig wie Großfamilien und Flüchtlinge.

Schärfer äußerte Ingo Reinhardt (CDU) „deutliche Kritik an der Verwaltung". Gerade in alten Dorfkernen der Ortschaften „auf Teufel komm' raus" Mehrfamilienhäuser zu platzieren, sei der falsche Weg. Sein Beispiel: Bei dem aktuellen Bauprojekt in Vöhrum werde „jeder Quadratzentimeter ausgeknautscht", der Dorfkern verunstaltet. „Das ist nicht in Ordnung. Neubauten müssen sich in das Ortsbild einfügen."

Dem pflichtete Karl-Heinrich Belte (PB) bei. Auch beim Neubauprojekt auf dem Hallenbad-Gelände werde die vorhandene Fläche „ausgeknautscht", weil die Investoren höchstmöglichen Gewinn erzielen wollten. Im Übrigen sei, so Belte, von der N-Bank nicht viel Fördergeld zu erwarten, nur „Kleinstbeträge". Was fehle, um den sozialen Wohnungsbau strategisch richtig steuern zu können, sei ein entsprechendes Programm des Bundes.

Für die Grünen warf Elke Kentner ein, dass es sehr wohl wichtig sei, durch geeigneten Wohnungsbau auch die Jugend an Peine zu binden, das Konzept sei aber nicht dafür, sondern eben als Förderungs-Voraussetzung notwendig. Überdies ließen sich Mehrfamilienhäuser durchaus gut in alte Ortskerne einfügen, das erfülle die Dörfer mit neuem Leben. *tst*

Reden Sie mit!

Wie wollen Sie in Peine wohnen – welche Ideen und Ansprüche haben Sie?

peiner-nachrichten.de

PN; 25.08.2017, Ratssitzung am 24.08.2017